



Mitteilungen

des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen

Jahrgang 4

1. Oktober 1929

Nummer 2

Inhalt: Vereinsnachrichten, Seite 17. — Königsegg, Die Einrichtung der königlichen Gemächer im Schloß zu Königsberg in den Jahren 1806/09, S. 17. — Schmid, Der Neue Turm in Marienburg, S. 23. — Gause, Neuere Literatur über Neustpreußen, S. 25. — Buchbesprechung, S. 33.

Vereinsnachrichten.

Für den ersten Teil des kommenden Winters sind folgende Vorträge vorgesehen:

14. Oktober, Herr Universitäts-Professor Dr. N adler: Goethe, Faust, Kofencranz.
11. November, Herr Privatdozent Dr. M aschke: Die Mission im Dienste der polnischen Machtpolitik.
9. Dezember, Herr Universitäts-Professor Dr. R othfels: Bismarcks „Staatsstreichpläne“.

Die Einrichtung der königlichen Gemächer im Schloß zu Königsberg in den Jahren 1806/1809.

Abda von Königsegg.

Als im Herbst des Jahres 1806 durch die Flucht des Hofes nach dem Osten der preußischen Monarchie Königsberg in die Lage kam, verhältnismäßig rasch die königliche Familie mitamt dem Hofstaat aufzunehmen, kamen alle dabei Verantwortlichen in eine schwierige Lage. Das Schloß war mit Untern und Dienststellen bis zum Rande gefüllt. Die Zimmer der gelehrten Gesellschaften, die im Schloß ihre Heimat hatten, sollten deswegen geräumt werden. Es gibt darüber (Staatsarchiv Königsberg Rep. 2 [Oberpräsidium],

Lit. 41 Nr. 8) einen Brief an den blinden Professor v. Bazko, der den Schlüssel dazu nicht herausgeben wollte. Das Besorgen der Quartiere in der Stadt war noch schwieriger. (Stadtarchiv Königsberg 866 Serb. D.) Vor allem wußte niemand so recht Bescheid, wie das alles zusammenhing und wie das bei solchen Gelegenheiten sein müßte. Bogen auf Bogen füllten sich in den Amtsstuben mit Plänen und Vorschlägen, die immer wieder verworfen wurden. Die Laufzettel über die Erwarteten gingen auf dem Hauptpostamt haufenweise ein, aber man hatte doch keinen rechten Begriff von dem, was bevorstand. In einem amtlichen Schreiben findet sich die Notiz: „Es würde sehr angenehm sein, wenn erst der Instituteur der königlichen Prinzen, Herr Friedrich Delbrück, eintreffen würde, da der mit allen Personen Bescheid wußte.“ — Nur die allerhöchsten Herrschaften würden im Schloß wohnen, alle andern in der Nähe in Privatquartieren. Das gab Auseinandersetzungen mit den Hausbesitzern über die erforderlichen Lieferungen an Betten, Wachslichter, Öl und Bespeisungen, die auch nicht immer ganz glatt abgingen. Zwei von ihnen wollten überhaupt keine Einquartierung nehmen, sie hätten die kostspielige Unterhaltung des Mühlenfließes, das vom Paradeplatz her unter der Junkerstraße hindurch ging, und deshalb wären sie frei von allen Lasten. Sehr viel Umstand machte u. a. die Unterbringung der königlichen Wäscherei und der Wäscherin Schulz mit ihren drei Mägden. Sie kam zuerst nach dem königlichen Hause in der Neuen Sorge, aber dann hieß es, dort sei das Wasser zu hart, und so legte man sie doch anscheinend ins Schloß.

Am 5. November kamen als erste der königlichen Familie die beiden Instituteure Delbrück und Reimann mit den drei Prinzen. Die Majestäten erzogen mit ihren fünf eigenen Kindern noch Sohn und Tochter des verstorbenen Prinzen Louis, eines Bruders des Königs und der jetzigen Prinzessin Solms, der Schwester der Königin, die man ihr fortgenommen, als sie ihre zweite Ehe schloß, die so heimlich anfang und so traurig endete.

Und dann stand man vor der allergrößten Schwierigkeit. Die Gemächer der königlichen Familie waren so gut wie leer. Es hatte ja seit mehr als hundert Jahren niemand von den Fürstlichkeiten längere Zeit dort gewohnt. Die kurzen Besuche zu den Guldigungsfeierlichkeiten waren fast die einzigen Gelegenheiten, zu denen die Herrscher ins Land kamen; dazu wurden anscheinend die meisten erforderlichen Gebrauchsgegenstände mitgebracht, denn man liest von ungeheuren Wagenzügen. So wurden zu der Fahrt Friedrichs I. 300 Transportwagen und 30 000 Worspannpferde gebraucht.

Die zuerst Angekommenen, die Kinder und Hofdamen, einschließlich der Gräfin Voß, mußten zufrieden sein, wie es eben war. Delbrück erzählt, daß er mit seinen beiden Böglingen ein einziges gemeinsames Zimmer gehabt habe zum Essen, Schlafen und Arbeiten und daß er diesen Zustand nur mit List und viel Überlegen habe ändern können. In Krankheitsfällen wurde auch noch die Badewanne hineingestellt, deren heiße Dämpfe dann den Raum erfüllten.

Doch dann hieß es: „Die Majestäten kommen!“ „Königin Luise kommt!“ Das war ein Wort, vor dem alle Türen und Kiegel sämtlicher Herzen aufsprangen. Wenn man die zeitgenössischen Tagebücher der verschiedenen Persönlichkeiten liest, muß man immer wieder staunen, welchen Zauber diese Frau auf alle Menschen ausübte, wenn sie ihm auch manchmal nur widerwillig erlagen. Das erwies sich auch hier, und es ereignete sich eine der reizendsten Begebenheiten der Geschichte, von der ich nicht weiß, ob sie ihresgleichen hat. Das Schloß war mit einem Male eingerichtet. Die Bürgerschaft schickte aus ihrem Privatbesitz an Möbeln und Einrichtungsgegenständen, was nur irgend gebraucht werden konnte. Jeder gab, was er hatte. Delbrück erwähnt einmal: „Ich sah die königlichen Gemächer, die alle mit geliebten Möbeln eingerichtet waren.“ Wie das zustande gekommen ist, ob Herr von Auerswald dazu aufgefordert hat, ob das Angebot aus der Bürgerschaft zuerst kam, habe ich trotz eifrigen Suchens nicht feststellen können, aber man hat noch die Verzeichnisse der gelieferten Sachen mit den dazu gehörigen Namen der Eigentümer, so daß man daraus ersehen kann, in welcher großzügiger, aber auch naiv-rührender Weise die Einrichtung für die Majestäten zusammen kam. (Staatsarchiv Rep. 2, Tit. 41, Nr. 13, vol. 1.)

Zunächst waren darunter viele Wandspiegel und Glasronleuchter, ohne die Schloßräume auch schlecht zu denken sind. Dann, um einige Beispiele anzuführen: 12 Stühle mit gestreifter Seide bezogen — Mahagonisekretär mit Spiegeln — 2 Sofas, 12 Stühle mit Roßhaarbezug — ein kienener blaugestrichener Tisch — Kommoden mit Marmorfüßen und Messingbeschlägen — mehrere Vasen — eine zinnerne Waschküßel — 18 Stühle mit grauem Taffet — Mahagonispieltisch mit Marmorplatte — Teebretter, Karaffen, Gläser, Servietten, Wirtschaftsgegenstände — usw. Unter den Namen der Geber findet man alle Bevölkerungsschichten vertreten: Mälzenbräuerfrau Dengnick, Gastwirtin Zornich, Kaufmann Marquardt, Medizinalapotheker Hensche, Josef Moserby, Gräfin Schlieben, Witwe Bannasch, Hirsch Levin, den englischen Consul de Drußinna, Koppel-Meyer. Aus dem Junferhof kamen viele und gute Sachen. Endlose Rubriken finden sich mit: „Unbekannt“. Ein Teil der Sender wollte wohl unbekannt bleiben, zum großen Teil war aber die große Eile schuld, mit der alles geschehen mußte, daß Verwechslungen entstanden, die dann wieder schwer zu lösen waren. Betten und Leinenzeug lieferten größtenteils die königlichen Ämter, auch darüber liegen in diesem Aktenstück die genauen Verzeichnisse vor.

Die Majestäten wohnten in dieser Weise vom 9. Dezember 1806 bis zum 5. Januar 1807. Als die Flucht des Hofes nach Memel weiterging, wurden die geliebten Sachen im Schloß dem Magistrat übergeben. Von dem zurückgekehrten Hof wurden sie wieder benutzt vom 16. Januar 1808 bis zum Dezember 1809.

Für die Zurückkunft von Memel konnten die Räume in größerer Ruhe vorbereitet werden. Es war Frieden, und die aus Berlin geretteten Wertfachen, die mit den durch Stein in Sicherheit gebrachten Kassen auf dem Wasserwege nach Königsberg und dann unter Bedeckung der Garde du Corps über Land nach Tilsit und weiter über das Treibeis des Memelstromes nach Memel gebracht waren, konnten sich ans Licht wagen. Delbrück schreibt „über den erfreulichen Eindruck der fürstlichen Umgebung, Rund umher Gemälde aus dem berliner Schloß und andere Berlinica“.

Das erwähnte Aktenstück des Staatsarchivs enthält Inventarverzeichnisse aus den königlichen Gemächern, die unmittelbar nach der Abreise der Fürstlichkeiten nach Berlin aufgenommen sind. (Januar 1810.) Eine gelegentliche Notiz erwähnt noch besonders, daß es dieselben Sachen sind, die solange benutzt wurden, und nicht etwa nachher hereingestellte. Man entnimmt daraus, daß die Königin zu ihrem persönlichen Gebrauch ein Wohnzimmer, ein Wohn- und ein Schlafzimmer besaß. Das „Corps de Logis“ des Königs war ebenso groß. Die Wände sind in dem Verzeichnis meistens mit „Gefalzt“ bezeichnet.

Das Wohnzimmer der Königin mag ganz behaglich gewesen sein, mit weißen Mullgardinen und grünseidenen Festons daran, mit vielen grünseidenen Kissen, aber die Möbel waren willkürlich zusammengestellt: „Weißlackiert, mahagoni, birken, schwarzgebeizt“. Vor allem kehrt eine Bemerkung immer wieder: „Schadhast“ — „schadhast.“ Gleich am Anfang im Wohnzimmer der Königin heißt es: „Eine birkene Commode von der die Hinterbeine abgebrochen sind“. Die Polsterbezüge waren schadhast, gleichviel, ob es die Kopfhaarbezüge bei der kleinen Frederike Solms oder die grünatlassenen der Prinzessin Charlotte waren. Bei Kommoden, Tischen, Stühlen, überall findet sich das Wort. Zum Teil stammen diese Beschädigungen aus der Zeit der französischen Besatzung, vielleicht waren aber auch noch Stücke darunter, die als Gerümpel im Schloß herumgestanden hatten.

Als sich die Zeiten beruhigten, die Majestäten aber immer noch in den fremden Sachen wohnten, mußte doch eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Die Verhandlungen wurden im August 1809 aufgenommen und zunächst die Eigentümer gefragt, ob sie ihre Möbel noch fernerhin gegen entsprechende Miete stehen lassen wollten oder ob sie dieselben verkaufen würden. Die Antwort kam: „Sie wollten sie stehen lassen und weder für die vergangene, noch die kommende Zeit Miete haben.“

Auf die Dauer konnte es aber doch nicht so bleiben, und zunächst verfügte der König den Ankauf einer gewissen Anzahl von Sachen zum Preise von 7079 Taler 66 Groschen, und zwar solcher, „welche dem Verderben unmittelbar ausgesetzt seien“. Hierbei zeigte sich wieder die opferwillige Liebe der Bevölkerung, die in vielen Fällen nicht den vollen amtlichen Taxpreis annahm, so daß die königliche Kasse an der ausgesetzten Summe ein Ersparnis von 347 Taler

45 Groschen buchen konnte. Einige Eigentümer meldeten sich gar nicht, andere wollten nichts haben. Nun war königlich preussisches Geld ausgegeben, und damit bemächtigten sich die Rechnungsstellen dieser Sache, die solange eine warmherzige Angelegenheit patriotischer Liebe gewesen war, und die ausgegebenen 7079 Taler nebst ihrem Schwänzchen von 66 Groschen spuken noch lange durch dicke Aktenbündel. Zunächst entstand eine große Auseinandersetzung. Es war ein schweres Durchfinden durch die tatsächlichen Rechtsverhältnisse, und der Finger der preussischen Sparsamkeit, die auf ihre Art unsern Staat groß gemacht hat, lag schwer auf jedem Pfennig.

Im Januar 1807 waren die Sachen der Obhut des Magistrats übergeben. In der Zeit der französischen Besatzung waren sie natürlich mißbenutzt und davon nicht besser geworden. Der entstandene Wertverlust wurde taxiert. Die Beschädigungen wurden auf 935 Taler, die ganz verschwundenen Dinge (meistens Küchensachen) auf 286 Taler festgesetzt. Wer ist für diesen Schaden haftbar? Die königliche Kasse, weil die fraglichen Dinge der Majestäten wegen aufs Schloß gekommen waren, oder der Magistrat, dem sie in der Franzosenzeit unterstellt waren? Der Streit zog sich lange hin und war 1810 noch nicht entschieden. Als die Majestäten endgültig abgereist waren, wurde die ganze Angelegenheit nochmals in Angriff genommen. Eine Kommission, bestehend aus dem Baron v. d. Goltz, dem Stadtrat Bertram und dem Hofstaatssekretär Buxler, mußte sich damit befassen und außerdem genau Buch führen, wieviel Tage sie zu dem Geschäft gebraucht hätten, wieviel Stunden an jedem Tage. Es kamen 40 wohl registrierte Tage zusammen.

Um die letzten Unklarheiten zu beseitigen, wurden alle bekannten Eigentümer aufs Schloß bestellt und ihnen die fraglichen Sachen gezeigt. So wurde noch manches festgestellt, und die Rubrik „Unbekannt“ verringerte sich bedeutend. Die fremden Sachen bekamen anscheinend (nach einem Schriftstück vom 11. März 1810 in demselben Aktenstück) das Zeichen N. N. N. und eine Nummer. Im Jahre 1810 wurden noch zwei Summen ausgezahlt (5232 und 1947 Taler); damit war so ziemlich alles in Ordnung gebracht. Im Jahre 1813 handelt noch ein ausführliches Aktenstück von zwei fragwürdigen Sekretären, und dann heißt es noch etwas später: „die summarische Balance ergibt einen Defect von einer Commode“, das hieß, es sei eine Kommode zu viel. Die Kastellan Lottermoserschen Erben behaupteten, sie gehörte zu dem Nachlaß ihrer Eltern, und das gab noch viel Nachdenken und Schreiberei. (Staatsarchiv Rep. 2 vol. 2.) Immerhin scheint damit der letzte Rest der freiwilligen Spenden verschwunden zu sein, denn in den nächsten Inventarien von 1817 ist nichts mehr davon erwähnt, nur das Wort „schadhaft“ zieht sich wie ein roter Faden über alle Seiten, und die abgebrochenen Füße an der Kommode der Königin trifft man hier auch noch an. Es wird immer wieder von den Verantwortlichen darauf hingewiesen, daß die Gemächer in dem gegenwärtigen Zustand von Fürstlichkeiten nicht zu bewohnen seien.

Den Aufenthalt des Hofes in Königsberg betreffend möchte ich noch zwei Sachen anfügen. — Die Miete für das Busolt'sche Grundstück, das jetzige Luisehäuschen, mit dem damals dazu gehörigen großen und kleinen Garten betrug für den Sommer 200 Taler, zuzüglich 25 Taler für den Gartenwärter (Staatsarchiv, Rep. 2, Band I Lit. 41). — Sehr schwer ist es festzustellen, welches das Haus war, in dem im Frühjahr, April bis Juni 1807, Königin Luise bei ihrer Schwester, der Prinzessin Solms, gewohnt hat. Eine direkte Angabe darüber ist bisher noch nicht gefunden, auch das Hausarchiv in Charlottenburg weiß nichts darüber. Es lassen sich nur einzelne Notizen, die überall verstreut sind, zusammenstellen. Das Haus gehörte einem Grafen Schlieben. In den Akten des Staatsarchivs, Rep. 2, Lit. 41, Nr. 8 liegt ein Brief des Ministers v. d. Goltz, vom 28. Dez. 1807 in Memel geschrieben. Er spricht darin den Wunsch aus, bei Übersiedlung des Hofes nach Königsberg in dem Hause des Grafen Schlieben einquartiert zu werden, welches im vergangenen Sommer die Königin mit der Prinzessin Solms bewohnt hat. Straßenangabe fehlt. Ein Hinweis auf die Straße findet sich in dem Aktenstück des Stadtarchivs 866 Serv. D. in einem Schreiben hinsichtlich der bevorstehenden Ankunft der Königin in Königsberg vom 10. April 1807. „Die Königin würde bei der Prinzessin Solms wohnen . . . und es wäre darauf zu achten, daß das zu ihrer Bedienung erforderliche Personal m ö g l i c h a u c h auf der Neuenforge untergebracht würde.“ Daher ist es wohl ausgeschlossen, daß die Königin in dem Schliebenschen Hause Vorderroßgarten 5 an der Schwanenbrücke (das heute noch stehende Haus Nr. 18) gewohnt hat. Nach der Servis-Anlage des Stadtarchivs vom Jahre 1806—1807 haben einem Grafen Schlieben im Stadtbezirk der Neuenforge in der Landhofmeisterstraße die Grundstücke 133, 134, 135 gehört. Nr. 132 stand noch in der hier so genannten Königstraße. Danach wird das Schliebensche Haus 133 das Eckhaus gewesen sein. Ein anderes Haus, das einem Grafen Schlieben gehört, ist nicht angeführt. Dies Eckhaus galt wohl dem Sprachgebrauch nach als zur Neuenforge gehörig, denn Baczko erwähnt, (Versuch der Beschreibung d. Stadt Königsberg, S. 151) daß Graf Schlieben-Gerdauen ein Haus auf der Neuenforge besessen habe, und in dem betreffenden Aktenstück findet sich an anderer Stelle die Notiz: „Das Eulenburgische Haus, gegenüber dem Schliebenschen“. — Das Eulenburgische Haus hat die jetzige Nummer 55, ist somit schräg gegenüber der Landhofmeisterstraße. Nr. 133 und 135 waren Häuser, Nr. 134 ein Gartengrundstück. Nun findet sich in einem Brief des Ministers von Stein vom Dezember 1807 die Notiz . . . „in dem ersten Schliebenschen Hause, wo S. M. die Königin wohnen sollte.“ Bei Nr. 135 steht in der Servis-Anlage die Notiz: „Zweites Haus“, es ist daher wohl nicht unwahrscheinlich, daß das Eckhaus Nr. 133 als das erste Haus galt. Vergleicht man hiermit ähnliche Notizen bei andern Hausbesitzern, so ist in der Regel

eins seiner Häuser ohne Bezeichnung, das nächste heißt: „das zweite“ — „das dritte“ — usw.

Weitere Hinweise auf das gesuchte Haus finden sich in „Springer, Geschichtliches Straßenverzeichnis“, S. 96 und „Springer, Wohnungen der Oberräte“, Alt. Preuß. Monatschrift 1917, S. 377. Daraus geht hervor, daß im 18. Jahrhundert die Grundstücke Ecke Königstraße 45/46 und Landhofmeisterstraße 23 dem Landhofmeister Grafen v. d. Groeben gehört haben. Von diesem kaufte sie, wie schon erwähnt (nach Baczko) der Graf Schlieben-Verdauen.

Also mußte das Haus, in dem die Königin gewohnt hat, an dieser Stelle gestanden haben.

Der Neue Turm in Marienburg.

Von Bernhard Schmidt-Marienburg.

Im Ordensbriefarchiv des Staatsarchivs Königsberg befindet sich unter Nr. 2 in der Schieblade LXI ein unvollständig datierter Bericht des Treßlers an den Hochmeister. Angegeben ist nur der Tag, nicht das Jahr. Der Inhalt betrifft einen Turmbau in der Marienburg, an dem Fellenstein beteiligt war. Ich habe den genauen Wortlaut 1919 in der Zeitschrift „Die Denkmalpflege“ in der biographischen Skizze über Fellenstein veröffentlicht, und neuerdings im fünften Jahrgange der Altpreussischen Forschungen, 1929, Seite 75. Das Fehlen der Jahresangabe ließ bisher nur Vermutungen zu, und die führten in die Zeit etwa des Hochmeisters Conrad von Jungingen, vor dem Beginn des Treßlerbuches 1399. Diese Vermutung erweist sich jetzt als unzutreffend. Beim genauen Studium des Hauskompturbuches, das alle die wichtigen Bauten an der Marienburg von 1410—1420 abrechnet, fiel es auf, daß Fellenstein nirgends bei Bauten in Marienburg genannt wird, obwohl er, nachweisbar bis 1418, in der Vertrauensstellung beim Hochmeister blieb, und erst 1427 etwa starb. Hier macht sich das Fehlen des Treßlerbuches seit 1409 störend bemerkbar. Fellenstein war durch Vertrag vom 15. Januar 1400 vom Hochmeister angestellt und bezog seinen Jahreslohn aus der Treßlerkasse¹). Daher fehlt er im Hauskompturbuche, ist aber dennoch weiterhin für den Meister tätig gewesen.

Jenen Bericht des Treßlers setzte Geheimrat Joachim, nach der Handschrift zu urteilen, schon in das erste Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts (Auskunft vom 30. Juli 1919, Nr. 372), man wird aber noch weiter heruntergehen können in das zweite Jahrzehnt. Leider hat sich unter den wenigen Schriftstücken jener Zeit aus der Kanzlei des Treßlers keines von derselben Hand ermitteln lassen, eine gewisse

¹) Klein, Entstehung und Komposition des Marienburger Treßlerbuches. Berlin 1905, S. 15. Vgl. auch Sielmann, Die Verw. d. Haupthauses Marienburg in der Zeit um 1400. Danzig 1920.

Ähnlichkeit mit Handschriften aus der Kanzlei des Hochmeisters ist aber vorhanden. Der Brief trägt folgende Post-Zeitvermerke:

„Gg. von Marienburg am donerstag noch viti hora X vor mittag,
Ggn. vom prusch . . . t hora VIII a noch mittag am selbigen
tag.“

Donnerstag nach Viti war auch das Tagesdatum des Schriftstückes. Der zweite Ortsname ist z. T. beschädigt, aber wohl als Pruschenmarkt zu lesen. Das Ordenshaus Preuß. Mark liegt auf nächstem Wege etwa 45 Kilometer von Marienburg entfernt; der Hochmeister reiste bequemer über Stuhm und Christburg²⁾. Ein Witing konnte auf der Strecke wohl in zehn Stunden dorthin gelangen. Aus der Zeit des Hochmeisters Michael Rüdmeister haben wir die ersten Regilstranten der hochmeisterlichen Kanzlei, „des Amtes der Cappel-
lanien“, die vielfach das vollständige Itinerar des Meisters ergeben. Hier kommt vor allem das Jahr 1418 in Betracht³⁾. Am 10. bis 16. Mai ist der Hochmeister in Danzig, feiert dort wohl das Pfingstfest am 15. Mai, ist dann am 18. in Grebin und vom 21. bis 31. Mai in Marienburg, am 2. Juni in Stuhm, am 5. Juni, einem Sonntag, wieder in Marienburg. Am 6. und 7. Juni urkundet der Meister in Preuß. Mark, ebenso noch am 21. Juni. Die Anwesenheit in Osterode am 18. Juni war wohl nur ein Tagesaufenthalt, am 22. Juni⁴⁾ ist der Meister in Pr.-Ghlau, 26. Juni in Königsberg, 29. Juni in Schafen. In diesem Jahre war der Donnerstag nach Viti und Modesti der 16. Juni, an diesem Tage war also der Hochmeister nach seinem wohl bekannten Reiseplan noch in Pr.-Mark zu vermuten. Nun vergleiche man damit die Angaben in Biesemers Ausgabe des Hauskomturbuches S. 306, Maueramt 1418, „zu dem Turme in dem Walle vorne:

29. Mai sechs Maurer und 17 Mittnechte entlohnt, mit 3 mr 2 sc. für fünf Tage (wegen des Fronleichnamsfestes).
5. Juni Maurer und Arbeiter, zusammen 6 mr weniger 5 sc.
12. Juni Maurer, Steinträger und Kalkmacher, 6 mr 20 sc.
- [16. Juni Anfrage des Treplers über die Höhe des Turmes.]
19. Juni Maurer und Mittnechte 9 mr 21 sc.
19. Juni ebenda, S. 301, Zimmerleute entlohnt, „Balken zu wirken zum anderen Turme vorn bei dem Tore“.
26. Juni Maurer und Mittnechte 7 mr.

Damit hört die Maurerarbeit einstweilen auf. Die Zimmerarbeit „zum neuen Turm auf dem Sande vor dem Tore“ beginnt erst Anfang Oktober. Der Bericht vom 16. Juni fügt sich also zwanglos in den durch die Rechnungen belegten Baufortgang ein. Vermutlich hatte der Hochmeister im Sinne Fellensteins entschieden, d. h. der Turm sollte über dem Wallgange nur drei Gemächer hoch

²⁾ Treplerbuch, S. 404.

³⁾ Ordensfoliant 10.

⁴⁾ Schreiben vom 3. 6. 21. und 22. Juni auch im Cod. epist. Vitoldi abgedruckt.

werden, so daß die Wehr das vierte war, nach einer Woche war man mit dem Wehrgangsgeschoß fertig. Die weiteren Baufortschritte geben uns hier nichts an. Wir entnehmen hieraus aber, daß Fellenstein den Bau leitete, und daher bleiben die übrigen Maurer namenlos, obwohl sonst gern der Name der Maurer genannt wird. Während desselben Sommers können wir Fellensteins Tätigkeit noch an anderen Orten beobachten. Am 17. April fuhr er nach Stuhm, wo damals Umbauten am Ordenshause ausgeführt wurden, Ende April nach dem Hause Sobbowitz und am 28. August nochmals nach Stuhm⁵⁾. Er führte augenscheinlich die Oberaufsicht über die dort in Arbeit befindlichen Bauten. Dazwischen fällt aber seine Tätigkeit an den Marienburger Turmbauten im Mai und Juni 1418. In Nicolaus Fellenstein haben wir also den Baumeister des Neuen Turmes von 1418, den wir seit 1918 Hindenburgturm nennen. Aus der schwedischen Aufnahme von 1629⁶⁾ kennen wir das Aussehen des Turmes; er hatte im Hauptgeschoß unter der Wehr einen Kranz von großen Blenden. Diesen Schmuck hatten, wenn wir dem Gemälde im Danziger Artushofe trauen dürfen, die älteren Türme der Ringmauer vor der Ostfront. Fellenstein bleibt hier im Banne älterer Überlieferungen. Für uns ist es aber doch wichtig, diesem Baumeister, der uns zuerst als klar erkennbare Persönlichkeit entgegentritt, ein weiteres Werk zuweisen zu können. Erhalten sind wenigstens das Untergeschoß mit seinem Kuppelgewölbe und die Grundmauern des Zwingers und der Streichwehr, die nun mit seinem Namen verknüpft sind.

Neuere Literatur über Neustpreußen.

Von F r i k G a u s e.

Neustpreußen, das Land von der altpreussischen Grenze bis zum Njemen und Narew, war von 1795 bis 1807 preussische Provinz. Es ist kein Wunder, daß gerade diese Zeit seit jeher das Interesse deutscher Historiker erregt hat. Da ihnen aber als Quellen fast nur die Akten der höheren preussischen Behörden, vor allem des Generaldirektoriums und des Staatsministeriums zur Verfügung standen, so liefen diese Arbeiten im großen ganzen darauf hinaus, die Bemühungen und Erfolge der preussischen Verwaltung zu zeigen. Allerdings war auch dies ertragreich genug, da es fast nichts gab, was der absolute Staat nicht in den Bereich seiner fürsorgenden und ordnenden Tätigkeit gezogen hätte. Von älteren, aber keineswegs überholten Arbeiten seien hier genannt: Paul Schwarz, Die preussische Schulpolitik in den Provinzen Südpreußen und Neustpreußen (1795 bis 1806), Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts, 1. Jahrgang, Heft 3, Berlin 1911, der allerdings mehr Südpreußen

⁵⁾ Hauskomturbuch, S. 312, 313 und 316.

⁶⁾ Altpr. Forschungen, 1929, S. 70.

berücksichtigt und im wesentlichen nur eine Inhaltsangabe des Codex academicus und eines Berichts über zwei Inspektionsreisen von Mitgliedern des Oberschulkollegiums in Berlin nach den neuen Provinzen bringt, ferner die eingehenden Forschungen von Robert Schmidt, Handel und Handwerk in Neustpreußen, Oberländische Geschichtsblätter Heft 12, Königsberg 1910; Städtewesen und Bürgertum in Neustpreußen, Königsberg 1913, auch Altpreussische Monatschrift Bd. 48, 49, 50.

Der verlorene Krieg hat das Interesse für die Geschichte Neustpreußens noch vermehrt. Einmal ist seitdem dem deutschen Historiker in den Akten der Bialystocker Kriegs- und Domänenkammer, die sich jetzt im Staatsarchiv in Königsberg befinden, ein reichhaltiges und spezielle Feststellungen ermöglichendes Aktenmaterial leicht zugänglich geworden, dann aber mußte nach der Wiederherstellung Polens es den deutschen Historiker reizen, die Fürsorge der preussischen Behörden für dieses Gebiet aufzuzeigen, während der polnische Geschichtsforscher diese Zeit mehr in den Zusammenhang der polnischen Geschichte hineinstellen wird. Für beide wird gerade heute, wo die Frage der nationalen Minderheiten auch viele wissenschaftliche Federn in allen Lagern in Bewegung setzt, die deutsche Kolonisation in Neustpreußen und die Geschichte des Deutschtums in diesem polnischen Lande von Interesse sein.

Von polnischen Spezialarbeiten über Neustpreußen ist allerdings nichts bekannt geworden. Ein recht umfangreiches litauisches Werk: „Augustinas Janulaitis, Užnemune po Prusias 1795 his 1807), Kaunas 1928 (= Lietuvos Universitets teisiu fakultes Darbai 4,1) wird die deutsche Forschung kaum benutzen können, da es in litauischer Sprache geschrieben ist und nicht einmal eine deutsche oder französische Inhaltsangabe enthält. Wohl aber sind in den letzten Jahren nicht weniger als drei deutsche Dissertationen über Neustpreußen erschienen — dieser räumlich, zeitlich und quellenmäßig fest abgegrenzte Stoff ist ja gerade für Dissertationen geeignet. Es sind folgende Arbeiten: Josef Sakalauskas, Das Schulwesen und die preussische Schulpolitik in Neustpreußen (1795 bis 1806), Berliner Diss. 1924. Maschinenschrift.

August Müller, Die preussische Kolonisation in Nordpolen und Litauen 1795—1807. Studien zur Geschichte der Wirtschaft und Geisteskultur, hsg. von Rudolf Häpfe, Bd. 4. Berlin 1928.

Hans Lippold, Die Kriegs- und Domänenkammer zu Bialystok in ihrer Arbeit und Bedeutung für die Preussische Staatsverwaltung. Königsberger Diss. 1928.

Was die Quellen angeht, so schöpft Sakalauskas nur aus den Berliner, Lippold nur aus den Königsberger Akten, während Müller beide und dazu Material aus dem Hauptarchiv in Warschau verwertet hat. Die Arbeit Müllers ist die wertvollste, ihr sind auch Karten und Skizzen beigegeben. Da das behandelte Gebiet dem Durchschnittsleser doch nur wenig bekannt ist, vermißt man bei

Safalauskas und Lippold die Karten sehr. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeiten seien hier kurz wiedergegeben, wobei auch bisweilen auf die Forschungen Schmidts zurückgegriffen ist.

Neuostpreußen befand sich, als es unter preussische Herrschaft kam, wie ganz Polen in einem furchtbaren Zustand. Verkommene, schmutzige Bewohner hausten faul und unterernährt in armseligen, schornsteinlosen Hütten, bei denen eingeschnittene Löcher die Fenster erzeugten; selbst von den zahllosen polnischen Adligen wohnten nur fünf in Steinhäusern. Es gab etwa 140 Städte, die aber meist weniger als 1000 Einwohner und weniger als 100 Häuser hatten. Dreiviertel von ihnen gehörten als Mediastädte zu den Grundherrschaften großer Adliger, darunter auch Bialystok, die größte Stadt des Landes. Die Straßen waren schlecht und schmutzig, industrielle Anlagen fehlten so gut wie ganz. Landwirtschaft, Handel, auch Justiz und Verwaltung befanden sich in einem kläglichen Zustande. Im Bezirk Bialystok gab es noch 1800 nur 405 meist jüdische Kaufleute, die alle zusammen nur vier Gehilfen und drei Lehrlinge beschäftigten. Schulen gab es nur wenige, der Tiefstand der Bildung war erschreckend. Von diesem Niveau aus ist die Leistung der preussischen Verwaltung während ihrer zehnjährigen Tätigkeit zu betrachten und zu würdigen, zumal bei der geringen Steuerkraft der Bewohner Neuostpreußen Zuschußgebiet war.

Die Provinz zerfiel in zwei Kammerbezirke, Bialystok und Plozk, mit 16 Kreisen. Sie unterstand dem Staatsminister von Schrötter, der nicht nur der Stellung nach, sondern auch an Tatkraft und Begabung alle überragte. Zu der von den Kammern geleisteten Verwaltungsarbeit gehörten Hebung der Landwirtschaft, Fürsorge für die Wälder und Einrichtung einer Forstverwaltung, Zoll- und Steuerverwaltung, Fürsorge für Handel und Handwerk, Landes- und Flußmeliorationen, Schulwesen, Gesundheitspflege, Post, Landesaufnahme — die von Offizieren und Vermessungsbeamten vorgenommene kartographische Spezialaufnahme war die erste der Art auf polnischem Boden. Es wurden etwa 400 Güter eingezogen, in der Hauptsache geistliche und starosteiliche, und als Domänen weiter verpachtet, z. T. auch parzelliert. Im Bialystocker Bezirk allein wurden 53 Domänenämter eingerichtet.

Wenn Lippold der Organisation und der Tätigkeit der Kammern sein Augenmerk widmet, so sind wir durch Müller und Safalauskas eingehend über zwei Tätigkeitsgebiete der preussischen Behörden unterrichtet, die Kolonisation und die Organisation des Schulwesens.

Die Kolonisation war in Südpreußen, wo 2133 Familien mit 10 300 Personen auf 2000 Hufen mit 1 840 000 Talern Kosten angesiedelt wurden, großzügiger als in Neuostpreußen. Immerhin fanden auch hier etwa 600 Familien mit 3500 Personen in 32 Kolonien eine neue Heimat. Die meisten Kolonien legte die Plozker Kammer ein, die in dieser Beziehung der Kammer in Bialystok weit

überlegen war. Die Einwanderer kamen aus der Priegnitz, aus Mecklenburg, Schwaben, Baden und der Pfalz. Schrötter betrieb besonders die Heranziehung von Kolonisten aus außerpreussischen Gebieten, da er die Bevölkerung und damit die Steuerkraft der preussischen Provinzen nicht durch die Herausziehung von Kolonisten schwächen wollte. Aus diesem Grunde kamen auch keine Einwanderer aus Ostpreussen. Die Leute wurden durch preussische Agenten angeworben, zu denen z. B. auch der Geheimrat von Willemer in Frankfurt a. M. gehörte, der als Gemahl von Goethes Suleika bekannt ist. Die Kolonien erhielten deutsche Namen und entwickelten sich im allgemeinen gut. Trotz der Verluste, die sie später durch Abwanderung nach Wolhynien erlitten haben, bestehen viele bis heute. Zu den ländlichen Kolonisten kamen 800 Familien mit 2650 Personen, die sich in den Städten niederließen und viel zur Bildung eines Bürgerstandes, der bis dahin in Polen gefehlt hatte, beitrugen. Es waren meist Handwerker, Tischler, Schuhmacher aber auch Bäcker, Maurer und Zimmerleute, die vor allem für die Bedürfnisse der Garnisonen und Behörden arbeiteten. Wurden doch in den Städten etwa 450 Gebäude errichtet, hauptsächlich für die Bedürfnisse des Militärs; aber auch durch die Vergabung von Bauunterstützungen an Privatleute wurde die Bautätigkeit gefördert. Andere Einwanderer kamen aus Rußland, Leute, die aus religiösen Gründen auswanderten, und Desserteure, während umgekehrt nicht wenige neuostpreussische Untertanen sich nach Rußland wandten aus Furcht vor dem Heeresdienst, von dem sie dort als Ausländer befreit waren.

Aus der polnischen Zeit fand die preussische Verwaltung 17 höhere Schulen vor, 6 akademische Gymnasien und 11 Klosterschulen, die aber recht unvollkommen waren. Volksschulen fehlten so gut wie ganz. Das Schulwesen wurde nun bis auf die wenigen lutherischen Schulen, die unmittelbar dem Oberschulkollegium in Berlin unterstanden, den Kammern unterstellt, die es durch eine besondere Deputation für geistliche und Schulangelegenheiten bei der Kammer in Bialystock verwalteten. Der Schulfond bestand, wie schon in polnischer Zeit, aus dem Jesuitenvermögen. Die höheren Schulen blieben fast unverändert. Ein niederes Schulwesen mußte die preussische Verwaltung erst schaffen. So wurden in allen 39 Garnisonorten Schulen für die Kinder der Soldaten und auch die der Einheimischen geschaffen, die deshalb „Vereinigete Militär- und Bürgerschulen“ hießen. Allerdings hielten die Polen ihre Kinder im allgemeinen von diesen Schulen fern. Dazu kamen die Schulen der kirchlichen Gemeinden und Kolonisten. Räume, Lehrer und Lehrmittel waren zunächst noch recht unzulänglich, doch versuchte man, geeignete Lehrer durch Ausbildung auf dem Lehrerseminar in Byd zu gewinnen.

Was noch wichtiger und interessanter ist als diese Tatsachen, das ist der allgemeine Zusammenhang mit der preussischen sowohl wie mit der polnischen Geschichte, in den die Tätigkeit der preussischen Behörden hineinzustellen ist.

Die letzten Jahre des friderizianischen Preußens zeigen bekanntlich schon das Eindringen neuer Ideen, neuer Auffassungen auch von der Bedeutung und den Aufgaben des Staates. Es sei hier nur an die Manchesterlehre und die Wirksamkeit des Königsberger Philosophen Kraus erinnert, zu dessen Schülern die Männer der Reformzeit zählten. In dem Kampfe mit den überlieferten Anschauungen des aufgeklärten Absolutismus wurde das natürliche Trägheitsgesetz einer schwerfälligen Bürokratie zwar erst durch den Zusammenbruch 1806/07 und den Feuergeist Steins überwunden, aber schon die Jahre vorher waren reich an neuen Plänen und Versuchen aller Art. Den Bestrebungen der reformfreudigen Männer erschien Neustpreußen, das Land, das bisher noch keine preußische Verwaltung, eigentlich überhaupt noch keine ordentliche Staatsverwaltung gesehen hatte, als das geeignete Feld, auf dem sie, weniger gehemmt durch die preußische Tradition als in den alten Provinzen, ihre Ideen durchführen und auf ihre Brauchbarkeit erproben konnten. So manches wurde hier versuchsweise eingeführt, was in Preußen erst durch die Steinschen Reformen verwirklicht wurde, so daß diese armseligste und rückständigste Provinz Preußen zugleich seine modernste genannt werden kann. Allerdings hinderten auch hier die Schwerfälligkeit der Verwaltungsmaschine und die Sparsamkeit des preußischen Staates die Ausführung manchen guten Planes. Mehr Schwierigkeiten als diese Hindernisse machte aber die Vergangenheit der neuen Provinz. Neustpreußen war ja kein menschenleeres Land, sondern ein Gebiet, dessen augenblicklicher Zustand das Ergebnis einer langen Geschichte war, mit der die neuen Herren zu rechnen hatten. So finden wir bei der preußischen Verwaltung zwei Tendenzen, Durchführung von Reformen und Rücksichtnahme auf die bestehenden Zustände.

Bei der Kolonisation z. B., die im übrigen der Ausklang der großartigen Kolonisationsstätigkeit der Hohenzollern war und der „Neupflanzung“ des Landes diente, befolgte Schrötter unter dem Einfluß der Lehre von Kraus, den Grundsatz der individualistischen Wirtschaft, d. h., er versuchte die Landeskultur durch Einführung von Beispielswirtschaften ohne Gemengelage zu heben, was ihm übrigens Schwierigkeiten mit den deutschen Kolonisten einbrachte, die nach den Grundsätzen friderizianischer Kolonisation behandelt zu werden wünschten. Mit ihrer fortschrittlichen, eine ungebundene Wirtschaftsführung gewährleistenden Einrichtung gab die Schröttersche Kolonisation das Muster ab für spätere Siedlungsstätigkeit durch polnische Stellen und war ein Vorbild für die Bauernbefreiung. Ebenso wurden die Handwerker, die in die Städte einwanderten, nicht zunftmäßig gebunden. Schrötter plante sogar die vollständige Aufhebung des Zunftwesens und die Einführung der Gewerbefreiheit, doch blieben diese Pläne auf dem Papier. Auch die Juden erhielten eine freiere Stellung und durften Handwerk und auch Landwirtschaft treiben. So wurden wichtige Stücke der späteren großen Agrar- und Gewerbe-

reform in Neuostpreußen vorweggenommen. Auch auf dem Gebiete der Staatsverwaltung wurde hier zum ersten Male der moderne Grundsatz der Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung durchgeführt, nachdem Versuche in anderen Provinzen vorausgegangen waren. Erstere blieb der Regierung, letztere der Kammer vorbehalten. Auch die verwaltungsmäßige Trennung von Stadt und Land fiel hier insofern fort, als es nicht, wie in den alten Provinzen, Steuer-räte gab, sondern die Landräte die staatlichen Beamten für den ganzen Kreis, das Land sowie die Städte, waren, wenn auch die ihnen beigegebenen Kreisräte in erster Linie die städtischen Angelegenheiten zu besorgen hatten.

Bei der Durchführung aller Reformen mußten, wie gesagt, die preußischen Behörden die gegebenen Verhältnisse des Landes berücksichtigen. Schon ein königl. Erlaß von 1796 hatte befohlen, daß „auf die eigentümlichen Verhältnisse dieser neuen Distrikte in der Art Rücksicht genommen werden soll, daß dadurch für letztere Unsere Landesväterlichen Absichten auch mit Sicherheit und Schonung der Rechte jedes einzelnen erreicht werden können und sollen“. Als Preußen das Gebiet übernahm, bestand in Polen noch ein staatlicher Zustand, der in West- und Mitteleuropa im allgemeinen bereits seit 100 Jahren überwunden war. Polen war das zurückgebliebene, Preußen das fortgeschrittene Land. Die Uebertragung preußischer Verwaltungsmethoden bedeutete also nicht einen Druck für das Land, sondern einen Fortschritt, gewissermaßen seine Einführung in den Kreis europäischer Kultur, die bis dahin nur am Hofe in Warschau und in einigen Städten und Adelsitzen ihre Nasen gefunden hatte. So betrachteten auch die preußischen Beamten ihre Aufgabe. Es galt, im Sinne absolutistischer Staatsauffassung das Volk zu erziehen, es durch Fürsorge in Schule, Kirche und Verwaltung aller Art auf den Stand der Bevölkerung Europas zu heben. Dieses Ziel war gleichbedeutend mit dem zweiten, das Land in den preußischen Staat einzuschmelzen. Da aber dem Zeitalter die Schärfe der nationalen Gegensätze unbekannt war, so sind auch die Bemühungen, das Land deutsch zu machen, nicht aufzufassen als ein nationaler Kampf des Deutschtums gegen das Polentum, sondern als eine Einwirkung der höheren deutschen auf die niedere polnische Kultur. Schrötter sprach von Deutschen und Polen als den „verschiedenen Stämmen der preußischen Nation“. Der Weg zur höheren Kultur ging aber für den Polen, genau wie für den Deutschen zur Zeit des Ritterordens, durch das Deutschtum, die deutsche Sprache und Schule. Nur so ist es zu verstehen, wenn polnische Studenten zum Teil mit staatlicher Unterstützung in Königsberg studierten, wenn am Lehrerseminar in Lyck die künftigen Volksschullehrer für das Gebiet ausgebildet und wenn bei der Gründung neuer Dörfer deutsche Ansiedler ins Land gerufen wurden. Nicht durch Germanisation, sondern im Sinne der Aufklärung durch Hebung der Bildung wollte Preußen, wenn auch nicht die lebende, so doch die nächste Generation

für den Staat gewinnen. Es gab natürlich eine Sprachenfrage, z. B. in Schulklassen, aber sie war ohne nationale Tendenz. Man glaubte auch, daß mit der Einwirkung deutscher Kultur die deutsche Sprache sich von selbst verbreiten würde, und die Plozter Kammer schrieb sogar einmal, es liege kein erhebliches Interesse vor, die polnische Sprache durch die deutsche zu verdrängen.

Wenn es also bewußte nationale Gegensätze noch nicht gab, so war doch ein anderer Gegensatz augenfälliger und stärker, der konfessionelle. Der Humanitätsbegriff der Aufklärung hatte doch nur in wenige Köpfe Eingang gefunden. Die große Masse der Bevölkerung lebte noch, besonders in dem bildungsarmen Polen, in Anschauungen, die die Aufklärung nur scheinbar überwunden hatte, wie es ja für alle Zeiten gilt, daß man an den literarischen Erzeugnissen einer Zeit nur die Weltanschauung der Gebildeten, für die diese Literatur bestimmt ist, ablesen kann, nicht die der großen Menge, die keine Bücher braucht, um sich eine Auffassung von den Dingen zu bilden. Seit den Zeiten der Gegenreformation war Polen eine Hochburg des Katholizismus. Zwar hatte in den letzten Jahren vor dem Untergang auch hier die Aufklärung Eingang gefunden. Durch die Aufhebung des Jesuitenordens waren große Reichtümer dem Staate zugefallen, und in dem erwähnten Codex academicus hatte man das Programm eines staatlichen Schulwesens aufgestellt. Doch waren das nur Ansätze, die Macht der katholischen Kirche war dennoch sehr groß. Die preukische Verwaltung knüpfte nun gern an diese Ansätze an, die die Aufklärung geschaffen hatte, hütete sich aber andererseits sorgfältig, konfessionelle Empfindlichkeiten zu verletzen. Zwar betrieb Schrötter auch gegenüber der katholischen Kirche durchaus Staatspolitik im Sinne des aufgeklärten Absolutismus. So regelte Preußen gegen den Widerspruch der Kurie die Grenzen der Diözesen neu, so daß sie mit den Landesgrenzen zusammenfielen. Die künftigen katholischen Geistlichen sollten an einer katholischen Fakultät, die neu zu errichten, bzw. durch Anstellung polnischer Professoren zu erweitern war, — man dachte an Königsberg, Breslau, Thorn oder Culm — vorgebildet werden, da Schrötter die bisherigen katholischen Priesterseminare wegen ihres hierarchischen, intoleranten Katholizismus nicht für hierzu geeignet hielt. Schrötter schränkte auch die Jurisdiktion der geistlichen Gerichte ein, stellte das Schulwesen unter staatliche Aufsicht und erließ 1805 einen „Reglement für die Landes- und niederen Bürgerschulen in Neuostpreußen“ nach den Grundsätzen des allgemeinen Landrechts und der Aufklärungsphilosophie. Die Religion aber und ihre Ausübung hat er nie angetastet. In den interkonfessionellen Schulen fand getrennter Religionsunterricht für beide Bekenntnisse statt. Schrötter hatte sogar Bedenken, gemeinsamen Gesangunterricht einzurichten, da durch den Gesang evangelischer Kirchenlieder die Katholiken verletzt werden könnten. Die höheren Schulen blieben fast ganz dem Einfluß der katholischen Kirche überlassen. An ihnen gab es auch so gut wie keinen deutschen Sprachunterricht.

Was die Geschichte Neuostpreußens für den Ostpreußen besonders interessant macht, das sind die regen Beziehungen, die zwischen Altpreußen und der neuen Provinz bestanden, für die einige Beispiele angeführt seien. Die Universität Königsberg war durch Kant und Kraus eine Stätte neuen reformerischen Geistes geworden, die ihr Licht weit nach Osten ausstrahlte. Ihr Schüler war der gebürtige Ostpreuße Freiherr v. Schrötter, bei dem altpreußische Beamtentugenden und liberaler Reformgeist die glücklichste Ehe eingegangen waren. Er war Staatsminister von Ost- wie von Neuostpreußen. Der Militärbefehlshaber der neuen Provinz, Generalleutnant Frhr. von Günther, hatte vor der Besetzung des Landes seinen Sitz in Lyd gehabt. Die Bedeutung des von ihm errichteten Lehrerseminars für das Schulwesen Neuostpreußens ist bereits erwähnt. Allerdings ist es nicht richtig, daß, wie Müller meint, der Leiter dieses Seminars, der Pfarrer Gisevius, der erste Geistliche der evangelischen Gemeinde in Bialystock geworden ist. Auch der Freiherr von Schön, der bekannte spätere Oberpräsident von Ostpreußen, war 1797—1800 Kriegs- und Domänenrat an der Bialystocker Kammer, wenn er auch einen Teil dieser Zeit auf einer Studienreise in England verbrachte und froh war, als er aus dem „Fegefeuer“ Bialystock ins Generaldirektorium nach Berlin berufen wurde. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Königsberger Buchdrucker Johann Jacob Daniel Kanter im Auftrage Schrötters eine Druckerei in Bialystock einrichtete, in der die Publicanda der Kammer und das „Bialystocker Intelligenzblatt“ gedruckt wurden. Er verkaufte sie 1801 an den Kriminalgerichtsaktuarium Appellbaum, der bei der Hartungschen Druckerei in Königsberg die Rechte eines gelehrten Buchdruckers erwarb.

Zusammenfassend wäre über die preußische Verwaltungsarbeit in Neuostpreußen folgendes zu sagen:

Gewiß ist nicht alles durchgeführt worden, was geplant worden ist. Viele Reformen wurden dadurch verzögert, daß man nicht zu schroff auftreten, bestehende Zustände nicht zu plötzlich ändern und auch abwarten wollte, welche Pläne aus der gärenden Fülle der Gedanken in Preußen selbst zur Tat werden würden. Die Sparsamkeit des preußischen Staates, auch Engherzigkeit und schleppender Geschäftsgang mancher Behörden, Vorurteile und menschliche Unzulänglichkeit mancher Beamten setzten der Wirksamkeit Grenzen. Es war unmöglich, das vernachlässigte Land in zehn Jahren auf die Stufe deutscher Kultur zu bringen. Es fehlte nicht nur an Geld, sondern auch an geeigneten, für die neuen Aufgaben im polnischen Lande vorgebildeten Beamten und Lehrern. Es ist auch zu berücksichtigen, daß für die preußischen Beamten viel Selbstverleugnung dazu gehörte, in dem armseligen Lande unter den schwierigsten Verhältnissen zu arbeiten, in einem Lande, dessen Bewohner zurückhaltend waren, dessen Adel voll Verachtung auf die bürgerlichen Beamten herabsah. Zudem waren die Behörden meist in äußerst primitiven und unzureichenden Räumen untergebracht. Nach einem Worte Schöns lebten

die Beamten wie Menschen auf einer wüsten Insel. Es ist bewundernswert, was die preußische Verwaltung trotz aller Schwierigkeiten geleistet hat. Es herrschte Ordnung im Lande, Gesetz und Recht galten auch für den geringsten Untertan. Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft, Handel und Gewerbe hoben sich, Kapital kam ins Land, die soziale und wirtschaftliche Lage der Bewohner besserte sich, ein Bürgerstand war im Entstehen. Selbst Napoleon mußte später zugestehen, daß alles Gute und Vorschreitende in Polen nur in den ehemals preußischen Provinzen zu finden sei. 1806 bestand zwischen Neuostpreußen und dem russischen Polen ein ähnlicher Abstand wie 1914 zwischen Polen und Kongreßpolen. Der Zusammenbruch Preußens vernichtete alle Fortschritte und verheißungsvollen Ansätze. Im ganzen aber sind die Jahre preußischer Verwaltung eine Zeit gewesen, deren sich weder Preußen noch Polen zu schämen hat.

Buchbesprechung.

C. Krollmann. Geschichte der Stadtbibliothek zu Königsberg. Mit einem Anhang: Katalog des M. Johannes Poliander 1560. Königsberg 1929. 108 und 66 S.

Es war ein glücklicher Gedanke des bekannten Direktors der Königsberger Stadtbibliothek, in demselben Jahre, da die Staats- und Univeritätsbibliothek zu Königsberg ihr vierhundertjähriges Bestehen gefeiert hat, darauf hinzuweisen, daß auch seine Bibliothek in der bildungsfreudigen Zeit Herzog Albrechts entstanden ist. So hat er uns in dem vorliegenden Buche die Gründung und die Schicksale der Stadtbibliothek bis zur Gegenwart unter vornehmer Übergehung eigener Verdienste erzählt. Während die Staatsbibliothek eine Frucht des höfischen Humanismus ist, ist die Stadtbücherei ein Dokument bürgerlichen Bildungstrebens. Ihr Begründer ist der bekannte Humanist und Pfarrer an der Altstädtischen Kirche, Johannes Poliander, der 1540 seine für die damalige Zeit recht große Privatbibliothek der Altstadt Königsberg mit der Bestimmung vermachte, daß sie der Öffentlichkeit zugänglich sein sollte. So ist es nur ein berechtigter Dank an den Stifter, daß der älteste erhaltene Katalog dieser Bücherei (1560) im zweiten Teil des Werkes abgedruckt ist. Das weitere Schicksal der Bibliothek zu verfolgen, ist nicht nur für jeden Königsberger von Interesse, sondern gewährt auch dem Freunde der Kulturgeschichte manchen intimen Reiz. Zeiten der Blüte wechselten mit solchen tiefsten Verfalls. Städtische Mittel, vor allem aber private Stiftungen, wie das Vermächtnis des herzoglichen Rats Johannes Rommoller und des bekannten Stadtpräsidenten Theodor Gottlieb v. Hippel und die Rührigkeit bildungsfreundlicher Bürger, von denen der Stadtsekretär Heinrich Bartisch (1667—1728) genannt sei, haben die Bibliothek ebenso gefördert, wie sie finanzielle Nöte und Mangel an geeigneten Räumen zeitweise verfallen ließen. Untergebracht war sie nacheinander in der

Altstädtischen Kirche, im Rathhaus, im Bauperhaus, in der altstädtischen Schule und im Hause der Staatsbibliothek an der Königstraße, bis sie 1866 in das Gebäude der alten Universität am Dom übersiedelte. Der älteste Bestand, die Polianerische und die Lomollersche Bibliothek, wurde arg dezimiert von dem sonst sehr verdienstlichen Bibliothekar Michael L i l i e n t h a l (1686—1750), der im Sinne rationalistischer Nützlichkeitslehre viele alte Bücher als unbrauchbar verkaufte, um Geld und Platz für Neuanschaffungen zu gewinnen. Seit 1714 stand die Bücherei unter der Leitung besonderer Bibliothekare, deren berühmtester Christian Jakob R a u s s war. 1897 bis 1923 war Professor August S e r a p h i m Stadtbibliothekar. Unter ihm wurde die Bibliothek von Grund auf reorganisiert und trat in räumliche und verwaltungsmäßige Vereinigung mit dem Stadtarchiv. Seitdem hat sie an Zahl der Bände und in der Wertschätzung der Bevölkerung, wie sie sich in den steigenden Benutzungsziffern ausdrückt, einen erfreulichen Aufschwung genommen, und so ist das vorliegende Buch nicht nur eine Rückschau, sondern ein Unterpfand weiteren tätigen Aufstiegs dieses im geistigen Leben Königsbergs unentbehrlichen Kulturfaktors.

G a u s e.

Die Geschichte des St. Georgen-Hospitals zu Königsberg i. Pr. anläßlich seines 600jährigen Bestehens. Von P a u l M e l s o n, 1. Vorsteher d. Spitals. Rgb. 1929.

In dem gut ausgestatteten Heftchen verdienen besonderes Lob die 9 photographischen Reproduktionen der alten und neuen Stiftsgebäude, von Gegenständen aus altem Spitalsbesitz u. a. Die Abbildung der Stiftungsurkunde hätte wohl ein etwas größeres Format verdient. Dennoch läßt sie deutlich erkennen, daß dem Verf. in der Datierung des Jubiläums ein unverständlicher Irrtum unterlaufen ist. Während die Urkunde des Hochmeisters Werner von Orseln die *tercia mensis Septembris* lautet gibt N. wohl nach älterer Literatur durchgängig, sogar in der Übersetzung des Privilegs, den 13. September statt des 3. als Stiftungstag an. Im übrigen schildert N. die Entwicklung vom eigentlichen Spital für Arme und Aussätige zur Leibrentenanstalt und verweilt besonders bei den Nöten der Inflation, die das Vorsteher-Amt unter schweren Opfern überwand, so daß die Stiftung auch in Zukunft ihrer schönen und wohlthätigen Aufgabe dienen kann.

M a s c h e.

Wir bitten unsere Mitglieder, die den Beitrag noch nicht bezahlt haben, ihn umgehend auf Postcheckkonto Königsberg 4194 einzuzahlen. Beiträge von Königsberger Mitgliedern, die bis zum 2. 10. nicht eingegangen sind, werden von unserem Vereinsboten, Herrn Wättner, gegen Quittung kassiert werden.

Königsberg i. Pr.

Selbstverlag des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen

Druck: Ostpreussische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G.

1929